

Dies academicus 2010

Referat des Erziehungsdirektors Bernhard Pulver

4. Dezember 2010 Uni Bern



Sehr geehrter Herr Rektor, lieber Urs,
Herr Grossratspräsident,
Sehr geehrte National-, Gross- und
Gemeinderätinnen und -räte,
Meine Damen und Herren,

Ich freue mich sehr, auch in dieser neuen, für mich
zweiten Legislatur als Erziehungsdirektor,
wieder bei Ihnen am dies academicus meine
bildungs- und insbesondere hochschulpolitischen
Ziele darlegen zu können.

In den **letzten Jahren** haben Sie viel über meine Ansichten zur Autonomie und Steuerung der Hochschulen gehört.

Dieses Jahr schlagen wir ein neues Kapitel auf. Mit der **Teilrevision des Universitätsgesetzes**, die vom Grossen Rat im Juni gutgeheissen wurde, können wichtige Neuerungen umgesetzt werden.

Überhaupt: In den letzten zwölf Monaten hat sich zwischen Politik und Universität Bern einiges getan. Darüber möchte ich Ihnen vorerst berichten. Frei nach dem Motto „**Tut Gutes und sprecht davon**“

Drei Dinge möchte ich in den Vordergrund rücken.

- Wie erwähnt die Revision der Universitätsgesetzgebung
- Die Wahl des neuen Rektorats
- Die finanzielle Entwicklung der Universität

(Revision der Universitätsgesetzgebung)

Zunächst zur Revision der
Universitätsgesetzgebung.

Ich freue mich sehr, dass der Grosse Rat im Juni dieses Jahres die Revision der drei Hochschulgesetze mit grosser Mehrheit verabschiedet hat. Das ist für mich ein wichtiger Meilenstein in meiner Arbeit. Die Hochschulen – allen voran die Universität Bern – erhalten die notwendige Autonomie, um gegenüber den Herausforderungen der Zukunft bestehen zu können, und die Steuerung zwischen Politik und Universität wird auch die richtige Ebene gestellt.

Viele von Ihnen denken vielleicht: **ENDLICH.**

Es ist richtig, dass bereits vor meiner Zeit als Erziehungsdirektor eine Vorlage zur Revision des Universitätsgesetzes ausgearbeitet wurde, die in dieselbe Richtung zielte.

Die Diskussionen kreisten dazumal um die Einsetzung eines **Universitätsrates**. Aufgrund der sehr unterschiedlichen Positionen kam die Vorlage nicht vom Fleck.

In diesem Sommer warf der Grosse Rat diese Frage gar nicht mehr auf. Aus politischer Aktualität erhitzte lediglich die automatische Mitgliedschaft bei der SUB die Gemüter.

Der Zeitpunkt für die Revision des Universitätsgesetzes schien reif zu sein. Ich freue mich sehr, dass die gewünschte Umgestaltung nun realisiert werden kann.

Sie wissen, dass die Politik in Zukunft die Universität über

- die Gesetzgebung,
- die Erteilung des Leistungsauftrags und die entsprechende Bereitstellung der Finanzen
- das regelmässige Controlling

- und die Wahl der Universitätsleitung

steuert.

Wie die Universität die Aufträge des Leistungsauftrages erfüllt – darin erhält die Uni wesentlich mehr Freiheit.

So kann die Universität

- ihre Professorinnen und Professoren in Zukunft selbst ernennen
- ihre Finanzen selbst verwalten (Beitragssystem)
- wichtige Organisationsfragen selbstständig regeln.

Der Einfluss der Politik wird auf die Grundfragen der Leistungserbringung beschränkt – dort aber verstärkt. Zugleich nimmt die Politik auf die Bestellung der obersten Führung der Universität durch die Wahl der Universitätsleitung zentralen Einfluss.

Denn künftig wird die Universitätsleitung mehr Verantwortung zu tragen haben.

Die Wahl des dargelegten Modells will verhindern, dass eine **zusätzliche Steuerungsebene** – nämlich der früher diskutierte Universitätsrat – eingeführt wird, welche die Führung und Steuerung der Universität gesamthaft komplexer macht, den politisch-strategischen Einfluss der Politik erschwert und unter Umständen auf wenig Akzeptanz stösst.

Die Reduktion der Führungs- und Steuerungsebenen der Hochschulen entspricht im Übrigen einer generellen Tendenz in der Schweiz.

In diesem Sinne wird bereits anfangs nächsten Jahres die Anstellung der ordentlichen Professorinnen und Professoren an die Universitätsleitung übergehen. Die bisherige Zuständigkeit des Regierungsrates fällt in diesem Bereich weg.

Wie Sie vielleicht mitbekommen haben, gab es zwischen Regierung und Universität in der Frage der Wahlkompetenz zu Beginn gewisse Differenzen.

Es stellte sich die Frage, ob die Regierung notfalls auch gegen den Willen des Senats die Mitglieder der Universitätsleitung wählen können sollte. Die Universität sah dies als grossen Eingriff in lange hergebrachte Rechte des Senats.

Nun hat der Grosse Rat eine auch von der Regierung unterstützte Kompromisslösung gefunden, mit der die Universität gemäss ihren Aussagen sehr gut leben kann. Und mit dem auch ich sehr zufrieden bin: Die Universitätsleitung wird gemäss neuem Gesetz von der Regierung *auf gemeinsamen Antrag* des Senats und der Erziehungsdirektion gewählt.

Wir müssen uns also auf Gedeih und Verderben einigen. Und das werden wir auch. Es war ja nie die Absicht der Regierung, ohne Rücksicht auf die Vorschläge des Senats eine Universitätsleitung einzusetzen. So könnte keine partnerschaftliche

Zusammenarbeit aussehen. Es ging also immer nur um den Notfall.

Die gewählte Lösung ist eine gute Lösung.

(Wahl der neuen Universitätsleitung)

Ich komme zum zweiten Thema.

Damit die Universität ihre Verantwortung wahrnehmen kann, braucht es wie gesagt eine starke Universitätsleitung.

Wie Ihnen bekannt ist, wird der geschätzte Rektor Würgler im kommenden Sommer zurücktreten - ich komme später darauf zurück. Damit ein reibungsloser Übergang stattfinden kann und die Kontinuität gewährleistet ist, wählte der Regierungsrat im Januar 2010 einen neuen Rektor.

Herr Prof. **Martin Täuber** wird sein Amt im kommenden Sommer antreten und ist bis dahin als Vizerektor Forschung tätig.

Obwohl nächsten Sommer auch neue Vizerektorinnen und –rektoren ihre Stelle antreten werden, wählte der Regierungsrat diese nicht gleichzeitig mit dem neuen Rektor. Dies kam nicht überall gut an.

Ich bin aber überzeugt, dass der richtige Weg eingeschlagen wurde und die letzten zwölf Monate bestätigen dies.

Der Grund, wieso der Regierungsrat diesen Entscheid fällte, war ein zweifacher:

1. Der designierte neue Rektor sollte von Anfang an bei der Vorbereitung des Wahlgeschäfts der Vizerektorinnen und -rektoren mit dabei sein können. In anderen Universitäten werden die Vizerektorate ja sogar durch den Rektor selbst bestimmt. Deshalb war es dem Regierungsrat zentrales Anliegen, dass das Verfahren unter Leitung des neuen Rektors durchgeführt wurde.
2. Wir wollten ermöglichen, dass von Anfang an die Möglichkeiten des neuen Gesetzes, welches die Wahl von mehr als zwei Vizerektoraten ermöglicht, ausgenützt werden können. Und genau das setzt eine Gesamtplanung des Wahlgeschäfts unter diesen Vorzeichen voraus.

Ich erachte das Vorgehen des Regierungsrates als fair und korrekt, es entspricht dem neuen Steuerungs- und Führungsmodell und schafft gute Voraussetzungen für eine starke Universitätsleitung.

Der designierte Rektor Täuber hat nun bei der Auswahl der Vizerektorinnen und -rektoren mitwirken können. So konnte gewährleistet werden, dass die Universitätsleitung als Team gut zusammenarbeiten wird.

Wie gesagt: Mit dem revidierten UniG besteht die Möglichkeit, mehrere Vizerektorinnen oder –rektoren zu wählen. Die Regierung hat von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht und vor drei Tagen eine Vizerektorin und drei Vizerektoren gewählt. Ich gratuliere Frau Professor Wastl-Walter und den Herren Professoren Leumann, Moretti und Perrig ganz herzlich zu ihrer Wahl.

Die Erhöhung der Anzahl der Vizerektorinnen und Vizerektoren von bis anhin zwei auf neu vier

Personen trägt den gesteigerten Anforderungen an die Führung der Universität Rechnung.

Die vier gewählten Personen ergänzen sich aufgrund ihrer Fachrichtungen, die sie vertreten, sowie bezüglich ihrer Fähigkeiten und Neigungen in idealer Weise und gewährleisten, dass die Universität in ihrer gesamten Vielfalt auch innerhalb der Universitätsleitung optimal vertreten sein wird.

(Finanzperspektiven)

Sehr geehrte Damen und Herren, nach diesen beiden durchaus positiven Punkten, die der Universität neue Perspektiven öffnen, zu einem leidigeren Thema: **den Finanzen.**

In den Jahren 1980 – 2009 sind die Universitätsausgaben **um 310 % gestiegen,**

der Kantonsbeitrag ist in derselben Periode aber nur **um 61 % gestiegen.**

Dadurch fiel der Anteil des Kantonsbeitrags an den Gesamtausgaben von 74 auf 39 %. Dies führt leider auch dazu, dass der Kantonsbeitrag pro Studierender oder Studierende sich negativ entwickelt hat.

Die Universität hat die fehlenden Mittel des Trägers durch eine wesentliche Erhöhung anderer Beiträge – namentlich die Drittmittelerträge – auffangen können und ihre Qualität in dieser Zeit weiter steigern

können. Das ist keinesfalls selbstverständlich – im Gegenteil.

Der Regierungsrat hat diese Problematik erkannt und – das ist die erfreuliche Nachricht – er hat als kleinen Schritt den Kantonsbeitrag an die Universität ab 2013 leicht erhöht.

Auch in meiner Funktion als Präsident der Schweizerischen Universitätskonferenz SUK wurde ich beim Bund vorstellig, um eine Erhöhung der Grundbeiträge für alle universitären Hochschulen der Schweiz zu beantragen. Eine Antwort ist noch offen.

Damit sind wichtige Zeichen gesetzt und erste Schritte gemacht. Aber das ist natürlich nicht genügend. Man kann auf die Dauer nicht 50 % mehr Studierende ausbilden, ohne vom Träger nicht auch entsprechend unterstützt zu werden.

Die Finanzsituation des Kantons Bern lässt leider seit Längerem keine grossen Sprünge zu. Es zeichnet die Universität jedoch aus, dass sie diese Not zur Tugend macht, und mit den knappen Mitteln ausgezeichnete Arbeit leistet.

In diesem Kontext muss ich eindringlich auf den engen **Zusammenhang zwischen Finanzpolitik und Bildungspolitik** hinweisen

und Sie alle auch **um Ihre Unterstützung bitten:**

Der Regierungsrat ist in den letzten Jahren **haushälterisch** mit den Finanzen des Kantons umgegangen. Da mögen die Gegner dieser Regierung behaupten, was sie wollen – es ist aber einfach so. Die Regierung hat es zustande gebracht, in Boom- wie Krisen Jahren schwarze Zahlen vorzulegen und eine beträchtliche Menge Schulden abzubauen.

Gleichzeitig hat sie in der vergangenen Legislatur zwei Steuersenkungen vorgeschlagen und umgesetzt. Und sie wird – sobald sie wieder einen entsprechenden Spielraum erarbeitet hat, auch neue entsprechende Vorschläge machen.

Der Regierungsrat hat zugleich Schritte zur Stärkung der Bildung gemacht, auch in finanzieller Hinsicht. Gleichzeitig stehen wir nun wieder vor einem Entlastungspaket.

Und in den **nächsten Monaten** werden Sie alle dreimal an die Urnen gerufen, um über neue, zusätzliche Steuersenkungen abzustimmen.

- Der Grosse Rat hat die vom Regierungsrat vorgeschlagene Steuersenkung vor fast einem Jahr mehr als verdoppelt. Dies führt zu einem Einnahmenausfall von zusätzlich über 100 Mio. Franken. Dazu ist eine Volksinitiative lanciert worden, welche diese Steuersenkung redimensionieren will.
- Im Februar stimmen Sie über den Volksvorschlag für die Senkung der Motorfahrzeugsteuern ab. Einnahmenausfall: rund 100 Mio Franken pro Jahr.
- Und schliesslich wurde eine Volksinitiative eingereicht, welche die Abschaffung der

Handänderungssteuern verlangt. Auch hier
Steuerausfälle von ca. 100 Mio Franken
jährlich.

Deshalb hier mein **bildungspolitischer Appell** an
Sie:

Die Erziehungsdirektion – und damit die Bildung –
setzt allein über 40 % der beeinflussbaren Ausgaben
des Kantons um.

Man hört oft in den Debatten, *man müsse der
Regierung nur das (Steuer-) Geld wegnehmen,
damit Sie endlich spare.*

Angesichts unseres Anteils am Staatshaushalt wird
auch die bildungsfreundliche Regierung die
Erziehungsdirektion aber nicht von grossen
Sparanstrengungen schonen können, wenn
Steuersenkungen als oberstes Ziel gesetzt werden.

Denken Sie daran, wenn Sie in den nächsten 12
Monaten drei Mal über Steuersenkungen abstimmen
werden:

Wenn Sie uns das „Geld wegnehmen“ wollen –
bitteschön. Aber das wird an der Bildung nicht
spurlos vorbeigehen.

Und am meisten Mühe habe ich, wenn die gleichen
Leute, die einen Tag zuvor für höhere Steuerausfälle
stimmten (eben: „man muss der Regierung das Geld
wegnehmen...“),

dann am nächsten Tag vor meiner Türe stehen und
die Erhaltung ihrer Landschule oder höhere Beiträge
für ihre Institutionen fordern.

In der Schweiz heisst es oftmals, unsere einzige
Ressource seien unsere Hirnzellen.

In wirtschaftlich unsicheren Zeiten bedeutet die
Investition in Bildung und Forschung den Schritt von
den Worten zur Tat.

Bitte denken Sie deshalb daran:

Finanzpolitik ist auch Bildungspolitik.

Ich komme zum Schluss: Trotz der angespannten Finanzlage wurde in unserem Kanton die Volluniversität nie in Frage gestellt.

In einer deutschen Zeitung war vor einigen Jahren zu lesen: „Volluniversität: Auslaufmodell oder Zukunftsvision?“. Für mich ist die Volluniversität klar ein Zukunftsmodell. Ein breites Fächerspektrum eröffnet durch die zunehmende interdisziplinäre Zusammenarbeit neue Perspektiven in der Lehre und Forschung.

Aus standortpolitischer und volkswirtschaftlicher Sicht ist eine Volluniversität für den Kanton Bern einen Gewinn.

Neben den grossen Fachbereichen sind auch kleine Fachbereiche wertvoll und erfüllen oft eine wichtige Querschnittsfunktion. Es braucht eine gesunde Vielfalt, auch wenn nicht alle Bereiche knackige Resultate im Shanghai-Ranking erzielen.

Sie können dies mit einem Biotop vergleichen: ein natürliches Ökosystem mit einer guten Vielfalt von

Organismen ist viel stabiler als eine künstlich herangezüchtete Monokultur.

Es wäre also fatal, kleine oder grosse Fachbereiche nur aus Spargründen zu streichen. Falls das Leistungsangebot der Universität künftig gekürzt werden muss – und dies ist nicht ausgeschlossen –, so kann dies nur langfristig angegangen werden.

Offenheit und Breite sind Teil des Erfolgs der Universität Bern. Daneben sucht man jedoch auch die sogenannte Exzellenz. In den letzten Jahren hat die Universität hart an ihrem Profil gearbeitet. Profilierungsthemen wurden definiert und einige Bereiche sind heute international führend. Dieses schärfere Profil der Universität Bern trägt wesentlich zu ihrer internationalen aber auch nationalen Wahrnehmung bei. Bei der Vergabe der Nationalen Forschungsschwerpunkte in diesem Jahr schnitt die Universität hervorragend ab. Ich gratuliere herzlich!

„Das Durchschnittliche gibt der Welt ihren Bestand,
das Aussergewöhnliche ihren Wert“, so sagte Oscar
Wilde.

Genau hier möchte ich wie eingangs erwähnt auf
Rektor Würgler zu sprechen kommen.

Es ist heute sein letzter Dies academicus als Rektor
der Universität Bern.

Mit der Klarheit seiner akademischen Herkunft trieb
Rektor Würgler verschiedenste Projekte voran, die
allesamt das Ziel verfolgen, das Profil der Universität
zu schärfen und sie in der universitären Landschaft
für die Zukunft gut zu positionieren.

Die heutige strategische Ausrichtung der Universität
trägt die Handschrift von Rektor Würgler.

Zur Umsetzung der Strategie wurden durch Rektor
Würgler Neuerungen eingeführt.

Ich erlaube mir, hier nur zwei davon – dafür sehr
wichtige – zu erwähnen:

- An der Universität wurden strategische Schwerpunkte definiert, welche die Exzellenz der Universität sichtbar macht. Die dazu gegründeten interdisziplinären Zentren geben der Universität ein Profil mit enormer Ausstrahlung.
- Die Universitätsleitung setzte den Leistungsauftrag des Kantons in kurzer Zeit konsequent um und schloss mit den Fakultäten und interdisziplinären Zentren Leistungsvereinbarungen ab. Dies führte an der Universität zu einem Kulturwandel.

Man darf sicherlich behaupten, dass keiner die Universität so gut kennt wie Rektor Würgler.

Ich möchte Ihnen, Herr Rektor, herzlich für Ihren zielgerichteten Blick und Ihren grossen Einsatz danken. Bestimmt wird es im kommenden Jahr noch die Möglichkeit geben, vertiefter auf Ihr Wirken zurückzukommen.

Die Universität gehört heute zu den 200 besten universitären Hochschulen der Welt und will nach eigener Aussage noch besser werden.

Ein klares Zeichen, dass die Ausrichtung der Universität stimmt!

Ich danke allen, die zum Erfolg der Universität beigetragen haben und künftig beitragen werden herzlich für ihre wertvolle Arbeit.

Vielen Dank.